

## Positionspapier

Außenwirtschafts-, Handels-  
und Entwicklungspolitik

### Kooperation zwischen deutscher Industrie und Entwicklungspolitik

Entwicklungspolitik und deutsche Industrieunternehmen sind in vielen Entwicklungsländern aktiv. Ihre Ziele sind naturgemäß zunächst verschieden: auf der einen Seite die Unterstützung der Entwicklung der Partnerländer, auf der anderen die Erwirtschaftung eines positiven Unternehmensergebnisses. Doch diese Ziele schließen sich nicht aus. Im Gegenteil: Viele Aktivitäten von Industrieunternehmen können wichtige Entwicklungsbeiträge leisten. Die Halbierung der Armut von 1990 bis 2015, wie sie die Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen vorsehen, ist ohne wirtschaftliches Wachstum auf der Grundlage starker privatwirtschaftlicher Initiativen aus In- und Ausland nicht möglich. Die Regierungspolitik der Entwicklungsländer und die Entwicklungspolitik der Industrieländer müssen als wesentliches Element die Stärkung des Privatsektors stärker in den Vordergrund stellen, hierfür geeignete Rahmenbedingungen schaffen und flexible Instrumente zur Unterstützung anbieten. Durch geschickte Kooperation zwischen Entwicklungspolitik und Industrie lassen sich Synergien erschließen, von denen Entwicklungsländer und Unternehmen profitieren. Die deutsche Industrie steht bereit, gemeinsam mit der Entwicklungspolitik diese Synergien noch stärker als bisher zu identifizieren und zu nutzen. Potenziale und Voraussetzungen hierfür werden im Folgenden skizziert.

*Dokumenten Nr.*  
D 0175

*Datum*  
30.11.2007

*Seite*  
1 von 5

## 1. Welche Beiträge kann die deutsche Industrie leisten?

Die deutsche Industrie trägt auf verschiedene Weise zur Erreichung der Entwicklungsziele bei: durch Kapitalinvestitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen, durch Know-how und Technologie-Transfer, durch Impulse für lokale privatwirtschaftliche Strukturen und durch Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung.

### **Kapitalinvestitionen, Arbeitsplätze, Steueraufkommen**

Die deutsche Industrie kann in Entwicklungsländern Geld investieren. Dies tut sie bereits in erheblichem Umfang: Der Bestand deutscher Direktinvestitionen in Schwellen- und Entwicklungsländer hat sich von 1990 bis 2005 auf rd. 90 Mrd € verdreifacht. Durch die Investitionen wurden rd. 1,4 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, die Einkommen und Lebensgrundlage nicht nur der Familien der Arbeitnehmer, sondern auch für Millionen weiterer Menschen sichern, die in lokalen Zulieferbetrieben tätig sind oder Dienst-

**Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.**  
Mitgliedsverband  
BUSINESSEUROPE

*Telekontakte*  
T: 030 2028-1502  
F: 030 2028-2524

*Internet*  
www.bdi.eu

*E-Mail*  
A.Johannsen@bdi.eu

leistungen erbringen. Zudem sind deutsche Investoren Steuerzahler im jeweiligen Entwicklungsland; gerade in Ländern, in denen der informelle Sektor dominiert, stellen die Steuerzahlungen formell operierender ausländischer Unternehmen eine wichtige Einnahmequelle für staatliche Haushalte dar. Weitere Steigerungen der Kapitalinvestitionen sind möglich. Sie hängen aber in erster Linie von Marktgröße, Marktattraktivität und Rahmenbedingungen in den jeweiligen Ländern ab. Die Entwicklungspolitik kann sie jedoch durch die unten skizzierten Maßnahmen erleichtern.

### **Know-how- und Technologietransfer**

Die Entwicklungsbeiträge der deutschen Industrie beschränken sich nicht auf Finanzmittelströme. Mindestens genauso wichtig ist der Transfer von Know-how und Technologie, den deutsche Unternehmen in Entwicklungsländern leisten. Die deutsche Industrie ist in zahlreichen höchst entwicklungsrelevanten Sektoren Marktführer. Durch Einsatz ihrer Technologien in Entwicklungsländern trägt sie u.a. zu effizientem Ressourceneinsatz und Umweltschutz bei. Die Qualifizierung von Mitarbeitern und die Vermittlung moderner Managementmethoden sind integrale Bestandteile der Strategien deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern. Sowohl der Technologietransfer als auch der Transfer betriebswirtschaftlichen Know-hows und die damit verbundenen Beiträge zur Verbesserung des Qualifikationsniveaus der Arbeitnehmer stellen wichtige entwicklungsrelevante Investitionen deutscher Unternehmen dar – auch wenn die Lieferung der Technologie und die Vermittlung des Wissens im Rahmen von Aufträgen der Entwicklungszusammenarbeit erfolgt. Z.B. im Infrastruktursektor wird damit gleichzeitig die notwendige Schaffung der Basis für eine positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unterstützt.

### **Stärkung privatwirtschaftlicher Strukturen in Entwicklungsländern**

Die Millennium-Entwicklungsziele können nur durch die Entwicklung eines starken lokalen Privatsektors erreicht werden. Deutsche Industrieunternehmen in Entwicklungsländern gehen Kooperationen mit lokalen Zulieferern, Händlern oder anderen Partnerunternehmen ein. Damit fördern sie den Aufbau lokaler Betriebe und stärken privatwirtschaftliche Strukturen.

### **Corporate Social Responsibility**

Über die Einhaltung rechtlicher Bestimmungen hinaus engagieren sich viele deutsche Unternehmen freiwillig für nachhaltige Entwicklung. CSR-Initiativen sind Beiträge, die Unternehmen im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit für eine zukunftsfähige Gesellschaft leisten. Sie entspringen dem Engagement des jeweiligen Unternehmens und beruhen auf Eigeninitiative und Eigenverantwortung. Deutsche Unternehmen leisten so auf freiwilliger Basis einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung von Menschenrechten, Sozial- und Umweltstandards, für Gesundheit, Aus- und Fortbildung sowie zur Bekämpfung von Korruption. Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen ist vor allem dann gefragt, wenn die Unternehmen in Ländern mit schwachen staatlichen Strukturen und ver-

gleichsweise niedrigeren Standards tätig sind – dies sind in der Regel Entwicklungsländer.

Bei der Entwicklung ihres gesellschaftlichen Engagements orientieren sich deutsche Unternehmen an einer Reihe von Referenztexten und Instrumenten. Direkt an Unternehmen gerichtete Orientierungsrahmen sind vor allem die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, die dreigliedrige Erklärung der ILO, der UN Global Compact (99 deutsche Unternehmen gehören dem Global Compact an).

## **2. Wie kann die Entwicklungspolitik die Kooperationspotenziale mit der Industrie stärker nutzen?**

### **Förderung privatsektorfreundlicher Rahmenbedingungen in Entwicklungsländern**

Gute Regierungsführung ist ebenso entscheidend für die Entwicklung eines starken lokalen Privatsektors wie für ausländische Investoren. Die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) sollte dabei verstärkt **wirtschaftsrelevante Governance-Bereiche** wie eine funktionsfähige Finanz- und Zollverwaltung, klare Eigentumsverhältnisse und eine unabhängige und effektive Justiz fördern. Bürokratische und oft intransparente Verfahren sowie die mangelnde Durchsetzbarkeit vertraglicher Ansprüche sind Haupthemmnisse für Handel und Investitionen.

Durch die Förderung **regionaler Integration** kann die Entwicklungspolitik wichtige Beiträge zum Entstehen größerer, für ausländische Unternehmen attraktiverer Märkte in Entwicklungsländern leisten. Daneben gilt es, ihre Unterstützung beim Aufbau von **Handelskapazitäten** fortzusetzen.

Unzureichende **physische Infrastruktur** hemmt die Entwicklung in vielen Ländern. Für den Aufbau physischer Infrastruktur im Transport-, Wasser- und Energiesektor sind weiterhin substanzielle öffentliche Mittel und Modelle erforderlich, die die Instandhaltung entwicklungsfinanzierter Infrastruktur sicherstellen.

### **Flexibilisierung des entwicklungspolitischen Instrumentariums für direkte Kooperation mit der Privatwirtschaft; stärkere Nutzung der Hebelwirkung von EZ-Mitteln**

Die Förderung von Entwicklung durch unmittelbare Kooperation mit Privatunternehmen sollte im Bewusstsein der Entwicklungspolitik gleichberechtigt neben die klassische EZ mit staatlichen Akteuren rücken. Auf diese Weise kann die Hebelwirkung von EZ-Mitteln signifikant erhöht werden.

Die **Finanzierungs- und Beteiligungs-Instrumente** der DEG entsprechen dieser Philosophie, sollten aber bedarfsgerecht und soweit erforderlich mit EZ-Mitteln des Bundes ausgeweitet werden. Fehlende Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen unter 3-5 Mio. € stellen ein wesentliches Hindernis für Aktivitäten mittelständischer Unternehmen in Entwicklungsländern dar.

Verbesserte Möglichkeiten der **Risikoreduzierung** können die Investitionsbereitschaft von Unternehmen erhöhen. Für entwicklungsrelevante Investitionsvorhaben von Privatunternehmen sollte daher in enger Konsultation mit der verfassten Wirtschaft eine entwicklungspolitisch motivierte Ergänzung des Garantieinstrumentariums der Außenwirtschaftspolitik geprüft werden. Dabei geht es nicht um die Übernahme originär wirtschaftlicher Risiken durch die EZ, sondern v.a. um Risiken der Nichteinhaltung staatlicher Zusagen über Rahmenbedingungen, die für den Projekterfolg wesentlich sind. Die entwicklungspolitisch wünschenswerte Hebelwirkung öffentlicher (Garantie-)Mittel sollte Anlass für eine Initiative bei der OECD geben, Garantien ohne Eintritt des Schadensfalls teilanrechenbar auf die Official Development Aid (ODA) zu machen.

Private **Investitionen in Wasser- und Energieversorgung und ggf. Transportinfrastruktur** setzen innovative Formen der Kofinanzierung und Risikoübernahme voraus, da die Amortisierung der Investitionen lang und die Risiken ausbleibender Gebührenzahlungen i.d.R. sehr hoch sind.

Die **PPP-Fazität des BMZ**, sollte in verschiedene Richtungen weiterentwickelt werden: Angestrebt werden sollten die Öffnung für entwicklungsrelevante Aktivitäten im Unternehmens-Kerngeschäft zumindest für KMU, budgetäre Anreizstrukturen für die Länderverantwortlichen der EZ-Durchführungsorganisationen, verstärkt PPP-Aktivitäten in ihren Partnerländern zu fördern, sowie daneben ein weder länder- noch sektorgebundener Fonds für innovative Projektvorschläge von Unternehmen.

### **Fairer Wettbewerb um Aufträge aus EZ-Vorhaben**

Technologie- und Know-how-Transfer durch deutsche Unternehmen und ihre Impulse für die Entwicklung des lokalen Privatsektors werden nicht nur durch Investitionen, sondern auch im Rahmen von EZ-Aufträgen ermöglicht. Daher liegt ein fairer Zugang der Unternehmen zu EZ-Aufträgen auch im entwicklungspolitischen Interesse – ganz abgesehen davon, dass die im Rahmen von Aufträgen gewonnenen Kontakte spätere Investitionen erleichtern können.

Neben dem begonnenen Prozess der **Anpassung von Vergabeverfahren der bilateralen Zusammenarbeit** sollte die Entwicklungspolitik daher fairen Vergaberegeln **europäischer und multilateraler Entwicklungsorganisationen** und deren konsequenter Umsetzung verstärkte Beachtung schenken. Dasselbe gilt für eine enge Überwachung der Projektdurchführung, insbesondere für die Auszahlungsmechanismen. Die Aufmerksamkeit der Politik darf sich nicht auf die Definition von Strategien und Konzepten beschränken, sondern muss ausreichende Kapazitäten für die Kontrolle der Umsetzung bereitstellen. Bei Vergabe und Durchführung von Entwicklungsvorhaben muss sie den Prinzipien eines **effizienten und effektiven Einsatzes deutscher Steuermittel** höchste Priorität zukommen lassen – auch im Vergleich zu dem Ziel einer stärkeren Eigenverantwortung der Entwicklungsländer. Vor diesem Hintergrund spricht sich der BDI gegen die verstärkte Anwendung nationaler Vergaberegeln auf entwicklungsfinanzierte Vorhaben aus.

## Verzahnung mit anderen Politikfeldern

Der BDI erwartet, dass die Entwicklungspolitik eng mit anderen Politikfeldern kooperiert. Der BDI erinnert die Bundesregierung an die **Vereinbarung im Koalitionsvertrag 2005, Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik enger zu verzahnen**. Wichtige Schritte, die die Investitionsbereitschaft deutscher Unternehmen erhöhen können – wie z.B. die Erweiterung der Instrumente der Risikoabfederung oder die Unterstützung bei der Etablierung von Geschäftskontakten -, sind teilweise von den Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit und teilweise von den Strukturen der deutschen Außenwirtschaftsförderung zu leisten. Der BDI ruft die Bundesregierung auf, die Arbeit dieser Institutionen **auf der politischen und auf der Durchführungsebene** systematisch zu vernetzen, Synergien verstärkt zu nutzen und Fortschritte anhand messbarer Indikatoren zu überprüfen. Der BDI erwartet von der Bundesregierung, dass diese die deutsche Wirtschaft bei der konkreten Ausgestaltung wirtschaftsrelevanter Bereiche der Entwicklungspolitik eng konsultiert.